

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2007 erneut kräftig gewachsen. Um 2,5% war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach ersten Berechnungen des [Statistischen Bundesamtes \(Destatis\)](#) höher als im Vorjahr. Die Konsumausgaben trugen mit 0,2%-Punkten zum BIP-Wachstum bei. Wolfgang Lieb

Dass vom Konsum positive Wachstumseffekte ausgingen, war allerdings ausschließlich den Konsumausgaben des Staates zu verdanken, die preisbereinigt um 2,0% zulegten. Die privaten Konsumausgaben verringerten sich 2007 im Vorjahresvergleich um 0,3%, was zu einem negativen Wachstumsbeitrag von 0,2%-Punkten führte. In 2006 leistete der private Konsum demgegenüber noch einen positiven Wachstumsbeitrag von 0,6%-Punkten. In diesen beiden Ergebnissen dürfte sich indessen auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer widerspiegeln, die im Jahr 2006 zu Vorzieheffekten geführt hat.

Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, fiel auf 64,6%; das war ein Prozentpunkt weniger als im Jahr zuvor. (1999 = 72,2%)

Die Anzahl der Arbeitnehmer hat im vergangenen Jahr um 1,7% zugenommen. Deren durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) stiegen um 1,3%, die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter um 0,5%.

Anmerkung unseres Lesers G.K.:

Das organisatorisch dem Bundesinnenministerium untergeordnete Statistische Bundesamt spricht von einem "kräftigen" Wachstum der deutschen Wirtschaft in 2007. Davon kann bei 2,5% (2000 = 3,2%) Wachstum keine Rede sein, auch nicht im internationalen Vergleich. Als Grund für die negative Entwicklung der privaten Konsumausgaben hat das Statistische Bundesamt eine wesentliche Ursache unterschlagen:

Die Entwicklung der Brutto- und Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ist ernüchternd. Bei den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten handelt es sich zudem um Nominalwerte.

Inflationsbereinigt haben sich die Löhne und -gehälter je Arbeitnehmer auch in 2007 rückläufig entwickelt:

- Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer: - 0,8%
- Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer: - 1,6%.

In dieser schlechten Entwicklung zeigt sich zweierlei:

- die nur mäßige Steigerung der Löhne und -gehälter sowie
- die schlechte Qualität der neugeschaffenen Stellen (Niedriglöhne, Leiharbeit usw.)

Frankfurter Rundschau: Staatshaushalt ausgeglichen

Erstmals seit 1969 weist Deutschland wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt aus. Dank des Wirtschaftsaufschwungs und sprudelnder Steuereinnahmen erfüllte Deutschland wie auch im Vorjahr das Maastricht-Kriterium, das ein Defizit von 3% des BIP erlaubt. Für das laufende Jahr rechnet die Bundesregierung allerdings wieder mit einem leichten Defizit. Das Minus wird vor allem mit Einnahmeausfällen durch die Reform der Unternehmenssteuern sowie die stärkere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung begründet.

Quelle: [FR](#)

Anmerkung unseres Lesers G.K.:

Ein wesentlicher Grund für den Defizit-Rückgang in 2007 wird in dem DPA-Artikel der Frankfurter Rundschau nicht erwähnt: Die stark gestiegene Steuerbelastung der Verbraucher (Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung der Pendlerpauschale). Und: Der Defizitrückgang seit 2006 zeigt, dass bereits mäßiges Wirtschaftswachstum zu einem Defizitabbau führt. Pompöse "Strukturreformen" sind hierfür nicht erforderlich, im Gegenteil, durch die „Verbesserung der Angebotsbedingungen“ (sprich Unternehmenssteuerreform) kommt es wieder zu einem Defizit.